

Zwischen uns keine Mauern!

Zwischen der türkischen und verschiedenen europäischen Regierungen wird lautstark gezankt – um die Wahlkampfauftritte türkischer Politiker, die für eine vom Präsidenten Erdoğan geplante Verfassungsreform werben. Diese sieht eine weitere Machtkonzentration auf den türkischen Präsidenten vor: Der Ausnahmezustand, der schon seit dem Putschversuch im letzten Jahr das Durchregieren per Dekreten und das Übergehen des Parlaments ermöglicht, soll dauerhaft in der Verfassung festgeschrieben werden. Damit würden die willkürlichen Massenverhaftungen und Berufsverbote der letzten Monate zusätzlich legitimiert.

Wackeliges Vorhaben

Offenbar kann sich Erdoğan aber nicht so sicher sein, dass er das Referendum gewinnt. Er hat zwar weiterhin Unterstützung aus einem großen Teil der Bevölkerung. Viele verbinden mit ihm den 10 Jahre dauernden Wirtschaftsaufschwung, den die Türkei in seiner Amtszeit erlebte und der eine gewisse Stabilität brachte. Doch die aktuelle Lage ist eine ganz andere. Die wirtschaftliche Krise verschärft sich. In den letzten Jahren gab es immer wieder Streiks und Proteste, welche von der türkischen Regierung mit Repression beantwortet wurden. Der Absturz der türkischen Lira führt dazu, dass die Kaufkraft einbricht, Familien verarmen und kleine Ladenbesitzer und Händler Bankrott gehen, darunter viele, die gestern noch Anhänger von Erdoğan waren. Wenn es knapp wird, könnten sich die türkischen Wähler_innen in Europa am Ende als Zünglein an der Waage erweisen.

Es leben 1,4 Millionen Menschen in Deutschland (wo sie an Wahlen in der Regel nicht teilnehmen dürfen), die bei der Wahl in der Türkei abstimmen können. Es ist völlig normal, dass sie sich Gedanken machen und offen diskutieren, was sie wählen sollen und welche Auswirkungen die Wahl für ihre Familien und für alle anderen Menschen in der Türkei hat. Der Wahlkampf gehört damit auch nach Deutschland.

Theater auf dem Rücken der Migrant_innen

Die meisten deutschen Medien und Politiker_innen sind jedoch anderer Meinung. Doch geht es der deutschen Regierung und der EU bei ihrem Getue nicht um Demokratie. Sie wollen Erdoğan weiterhin als Türsteher, der mit Gewalt die Flüchtlinge an der

Einreise nach Europa hindert. Und sie brauchen die türkische Regierung als stabilen Partner und Stützposten an der Grenze zu Syrien und dem Irak, die im totalen Chaos von Krieg und Terror stecken. Dabei ist es ihnen egal, wie schlecht er über seine Bevölkerung regiert. Mal ganz abgesehen davon, dass Merkel noch 2015 Werbung für Erdoğan machte, indem sie während des Wahlkampfes in die Türkei reiste und Erdoğan als großen Staatsmann pries.

Auch in Deutschland ist Wahlkampf. In der Konkurrenz mit der AfD um Wählerstimmen versprechen sich verschiedene Parteien Vorteile durch eine harte Haltung gegenüber der Türkei und schüren ausländergefeindliche Vorurteile. Nicht, weil es sie stören würde, was gerade in der Türkei passiert, sondern weil sie behaupten, dass die Interessen türkischer Migranten, die seit Jahrzehnten hier ackern und Steuern zahlen, „nicht zu Deutschland gehören“.

Erdoğan UND Merkel wollen uns spalten

Beide Regierungen – die türkische und die deutsche – haben ein großes Interesse daran, zu spalten und von den eigentlichen Problemen abzulenken. So versucht Erdoğan in der Bevölkerung Ängste zu schüren, damit er als „starker Mann“, der für Sicherheit sorgt, unterstützt wird. Seine Hetztiraden und die Bombardierung kurdischer Städte sollen von der sich verschlechternden ökonomischen Situation und der Tatsache, dass es vielen Menschen in der Türkei schlecht geht, ablenken.

Die Kritik, die von Seiten der etablierten Parteien in Deutschland nun an Erdoğan gerichtet wird sind jedoch pure Heuchelei, die davon ablenken soll, dass Deutschland und die türkische Regierung an den entscheidenden Punkten weiterhin kooperieren: beim Flüchtlingsdeal, bei den Waffengeschäften, in der Nato, beim NATO-Stützpunkt Incirlik... Denn die Herrschenden in Deutschland und allen voran Merkel, haben keine Probleme, Geschäfte und Politik mit Despoten und Diktatoren und anderen ekligen Typen zu machen – ob in Saudi-Arabien, China, USA oder anderswo. Lassen wir uns also nicht von diesem Schmierentheater täuschen und auf den Versuch der Spaltung zwischen den deutschen und türkischen Kolleg_innen hereinfallen. Wir haben mehr miteinander gemeinsam als mit einem Erdoğan oder einer Merkel.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Ignoranz oder Frechheit?

Offenbar reicht es der Charité nicht aus, alle wirksamen Verbesserungen der Personalsituation letztendlich zu sabotieren. Oder hast Du in den letzten Monaten eine spürbare Verbesserung erlebt? Eben. Jetzt greift sie auch noch zur Methode „Haltet den Dieb!“. Anders ist die Äußerung von Klinikboß Frei nicht zu werten, dass verdi durch „Schlechtreden der Situation“ die Gewinnung neuer Mitarbeiter_innen verhindern würde. Also echt mal, die Situation ist in vielen Bereichen so belämert, die braucht keiner erst „schlechtzureden“. Die ehemaligen Osis wissen außerdem, nur mit Erfolgspropaganda und Durchhalteparolen wird sich das auch nicht ändern. Werter Herr Frei, lassen sie sich doch mal von den Osis erzählen, wie die Geschichte mit der Erfolgspropaganda schliesslich 1989 ausgegangen ist...

Herr Richter, was spricht er...

Am Montag hat Vivantes den Warnstreik der VSG-Kolleg_innen durch einstweilige Verfügung stoppen lassen. Was lehrt uns das? Klar – wir haben keinen Grund, uns auf die Justiz zu verlassen. Unsere Forderungen können wir nur aus eigener Kraft durchsetzen – indem wir möglichst viele Kolleg_innen zur Teilnahme an unserem Kampf gewinnen. Die Erfahrung zeigt, um so mehr wir sind, um so schwerer tun sich auch die Gerichte, uns zu stoppen. Dann klappt es auch mit dem Streik.

Da bleibt der Jubel im Halse stecken

Wer jetzt dachte, dass mit der Ankündigung des Senats, die CFM zurückzukaufen, Zeit zum Jubeln ausgebrochen wäre, den müssen wir leider enttäuschen. Mal ganz davon abgesehen, dass es ja wohl ein Unding ist, von einem Rückkauf zu sprechen, wo doch das Konsortium seit 2006 auf unsere Kosten Gewinn gemacht hat! Wir Kolleg_innen müssten entschädigt werden! Der Jubel bleibt uns jedoch auch im Halse stecken, weil wir wissen, dass mit einer 100% Tochter der Charité gar nichts gewonnen wäre. Ein Betrieb – ein Tarifvertrag! Ohne Öffnung nach unten! Die Erfahrungen der Berliner Wasserbetriebe lassen einen auch nicht optimistischer auf die Lösung des Senats blicken. Dort wird nach dem Rückkauf auch eine Kanalbetriebstelle nach der anderen aufgelöst und umstrukturiert. Deshalb sollten wir uns nicht mit den halbgenen Lösungen der Politik zufriedengeben. Wir wissen besser, was wir brauchen. Umso richtiger ist es, weiterhin raus zu den Streiks zu gehen und dafür gemeinsam mit der VSG einzustehen.

Nicht zu früh freuen, Frau Heepe!

Wir sind wirklich froh über jeden Zuwachs an Krankenschwestern oder auch an Reinigungskräften. Jedenfalls jeden, der zu einer Entlastung führt und nicht durch das Streichen von Leasingkräften ausgeglichen wird. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit den Kolleg_innen aus Albanien! Gleichzeitig erklären wir, dass wir eine Schlechterstellung dieser Kolleg_innen aus welchen Gründen auch immer, nicht hinnehmen werden. Was wir meinen? Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Eine deutlich verlängerte Einarbeitungszeit für die Kolleg_innen, die das deutsche Klinik(un)wesen nicht kennen! Keine Knebelverträge im Tausch gegen Sprachkurse. Keine Drohungen gegen die Kolleg_innen, wenn sie sich an unseren Arbeitskämpfmaßnahmen beteiligen usw. Wir lassen uns weder heute, noch morgen entlang irgendwelcher ethnischen Unterscheidungen auseinander bringen.

Die Gedanken sind frei!

So manch einer bei ver.di hofft doch so sehr auf den Maddin. Also den Schulz als neuen Kanzler. Der hat schon so tolle kritische Worte zu dem Verarmungsprogramm Agenda 2010 gesagt und wird doch auch ganz bestimmt eine gesetzliche Mindestbesetzungsregel für Krankenhäuser einführen. Dann wäre der Tarifvertrag Gesundheitsschutz an der Charité gar nicht mehr so wichtig. Nur so kann man wohl auf die Idee kommen „in den weiteren Verhandlungen nicht eine Stelle mehr durchsetzen (zu wollen) als schon im Tarifvertrag steht.“ (Neues Deutschland) Doch wir lassen unseren Gedanken freien Lauf: Wollen wir uns wirklich mit der PPR 90% und mit Impuls zufriedengeben? Die Nächte unterbesetzt lassen? Sollten wir nicht Schluss mit der Bescheidenheit machen und ausreichende, feste, schichtenspezifische Besetzungen einfordern? Diese können wir täglich ganz einfach kontrollieren und bei Nichteinhaltung schmerzhaft Konsequenzen für die Charité und die Manager im Tarifvertrag festschreiben. Die aufgeregten Gedanken gehen auch zu den anderen Berufsgruppen von Sozialarbeiter_innen bis zu Reinigungskräften. Auch die benötigen klare und leicht kontrollierbare Besetzungsregeln!

Einfach nur Skandalös

Verdi hat Anfang März, fast ein Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages, eine erste Bilanz des TV Mindestbesetzung veröffentlicht. Und diese Bilanz ist skandalös. Auf der stationären Pflege sind über 80% der Stationen unterbesetzt, basierend auf der (auf 90%! angelegten) PPR. Auf 45% der Stationen sind zwischen zwei und elf Stellen nicht besetzt. Gleichzeitig wird Leasingpersonal abgebaut. Trotz Unterbesetzung und reichlicher Gefährdungsanzeigen setzt die Charité ein Leistungsplus durch. Seit Jahren wird kaum neues Personal angestellt, angeblich weil die Charité niemanden findet, aber bei Überlastung kommt es nicht mal zur Bettenspernung! Und die Liste ist wahrscheinlich noch länger. Es stellt sich die Frage, wie lange wir uns das noch bieten lassen wollen und scheinbar reicht der TV Mindestbesetzung nicht aus für spürbare Verbesserungen. Doch für einen schlagkräftigen TV reichen keine mahnenden Worte – das wissen wir schon seit 2006 – sondern nur Streik.

Arsch in der Hose oder lieber Schwarze Null?

Wer hätte es geahnt – auch 2016 fährt die Charité ein dickes Umsatzplus von 3,8 Mio. € ein. Und dies natürlich auf unserem Rücken erwirtschaftet – laut rbb und Handelsblatt geht der Überschuss vor allem auf eine Leistungssteigerung von 2,7% bei der Versorgung Kranker zurück (bei fortbestehendem Personalmangel). Da soll uns Einhäupl noch einmal sagen, wir wären zu teuer! Vielleicht sollte er sich nochmal seine lobenden Worte aus der Werbebroschüre für den Charité-Sechsteiler zu Gemüte führen, in welcher er den Kampfgeist von Koch, Virchow und Co bewundert. Von denen könnte sich Einhäupl auch mal ein Stück abschneiden, denn Geld ist da, man muss nur mal mutig sein und es sich nehmen.

Das Vitamin C wird gemeinsam von der Sozialistischen Arbeiterstimme und Kolleg_innen der Charité und CFM herausgegeben. Das Flugblatt soll nicht nur Sprachrohr der Beschäftigten sein, sondern auch zur Vernetzung und Information dienen. Wenn auch du was zu sagen hast, dann melde dich bei uns!